

Aufgrund der aktuellen Diskussion um das durch Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein verantwortete Berufsverbot für den Burschenschafter Sascha Jung hielt der Gründer der „Initiative Akademische Freiheit“ (JF 23/07) Dr. Hans Merkel in diesem Jahr die Festrede zum 159. Stiftungsfest der Münchener Burschenschaft Danubia. In intellektuell präziser Weise ging er in seiner Rede vom 9. Juni 2007 kritisch auf die für die Ausgrenzung von Bayerns Innenminister angeführten Gründe ein. Merkel hält diese nicht für stichhaltig und wies sie deshalb zurück. Nachfolgend dokumentieren wir die Rede:

„Mit „Burschenschaft“ meine ich das spezifisch Politische, das in unseren Kreisen gemäß unserem Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ zu pflegen ist.

Sie wissen besser als manch anderer Bund, daß es nicht genügt, sich nur in allgemeiner Weise zu diesen Werten zu bekennen, sondern daß es gilt, diese Werte im politischen Alltag auch ganz konkret zu leben. Das heißt, daß sich für das eigene Volkstum, dessen Freiheit, dessen Kultur sowie dessen Rechte und Interessen einzusetzen eine täglich zu erfüllende Aufgabe ist. Bloßes Schwadronieren, bloße festtagsbezogene Grundsatzrhetorik hilft gar nichts, wenn daraus keine Konsequenz gezogen wird hin zur burschenschaftlichen Tat!

Viele unserer Politiker, viele unserer Medienleute und viele unserer Normalbürger sind Hasenfüße, deren politisches Handeln sich im wesentlichen nur noch an den Verlogenheiten der sogenannten „political correctness“ ausrichtet. Unter diesen Umständen bedarf es anderer Kräfte im Land, die für das Richtige stehen und kämpfen. Dazu gehört die Deutsche Burschenschaft in ihren besten Teilen. Und dazu gehört auch Ihr Bund, liebe Danuben, der sich nicht nur als frei in der Rede bekennt, sondern auch als kühn in der Tat.

Das macht Sie zum Vorbild für die Guten im Land: für jene, die das Vaterland wirklich lieben und nicht nur einen Eid darauf geschworen haben und häufig von diesem abweichen.

Und das macht Sie aber auch umstritten; umstritten nicht zuletzt im politischen Bereich. Wer jedoch wie Sie etwas erreichen will, muß Umstrittenheit, auch Anfeindung aushalten können. Bislang ging bei Ihnen alles gut.

Kein Mensch und keine Vereinigung von Menschen kann dauerhaft in einem Zustand leben, in dem er bzw. sie bloßes Objekt von Diskriminierung, von Diskreditierung und von Diffamierung ist. Man unterliegt in einem solchen Fall entweder einer durchaus nachteiligen Wesensveränderung oder man geht zugrunde. Mancher Bund hätte die in Ihrem Fall angewandte Willkür der Staatsgewalt nicht überstanden. Andere Bünde kuschen. Gott sei's geklagt: Es ist so!

Noch im Jahr des Beginns des innenministeriellen Dauerangriffs auf die Danubia hielt ich auf dem 150. Stiftungsfest einer Freiburger Burschenschaft die Festrede. Es herrschte dort bereits Angst und Schrecken angesichts der freistaat-bayerischen Repressionspolitik gegen Ihren Bund, liebe Danuben. Ich hielt es daher für angezeigt, Sie in meiner Rede - nicht etwa nur im intimen Gespräch unter vier oder sechs Augen - zu verteidigen und dabei zu sagen, daß die Vorwürfe von Becksteins Gedankenpolizei und Verdachtschöpfern entweder normale, in einer freiheitlichen Demokratie zulässige Meinungsäußerungen betreffen oder Luftblasen darstellen, die auf Wahnideen beruhen.

Beifall für mich? Mitnichten! Sehr formeller Dank, der einem das Blut in den Adern gefrieren ließ. Als der Kommers zu Ende war, begab sich die Korona, ohne mir auch nur andeutungsweise

Bescheid zu geben, aufs Haus der Verbindung. Mich ließ man stehen, ohne daß sich ein Angehöriger der Verbindung, geschweige denn gar einer ihrer Funktionsträger wie der Altherrenvorsitzende oder der Sprecher, um mich gekümmert hätte. Ein Gast aus der Schweiz, Mitglied einer Schweizer Verbindung, kam zu mir, als ich unschlüssig herumstand, drückte mir die Hand und gratulierte mir zu der - wie er sagte - „vorzüglichen und wichtigen politischen Rede“.

Kuschen, wie ich es 2001 in Freiburg erlebte, gibt es auch heute noch. Immer wieder wurde mir in gewissen Kreisen der DB vorgehalten, daß es angesichts der Unpopularität der burschenschaftlichen Anliegen klüger wäre, das Maul zu halten. Dabei wurde ich auf die Ausgrenzung ehrenwerter deutscher Männer hingewiesen, wie den ehemaligen CDU-Abgeordneten Martin Hohmann, mit dem ich mich freundschaftlich verbunden fühle, ferner den General a.D. Reinhard Günzel und den Professor Konrad Löw.

Entsprechend dem klugen Ausspruch der Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach, daß angeblich kluges Nachgeben die Weltherrschaft der Dummheit begründe, hielt ich meinen Kritikern entgegen, daß angeblich kluges Nachgeben auf politischem Gebiet feigem Untertanengeist Tür und Tor öffne. Als positives Gegenbeispiel verwies ich jeweils auf Ihren Bund, der seit Jahren das Vorbild abgibt für ehrenhaftes, für würdiges Verhalten in schwerer Zeit – und außerdem ein Beispiel dafür, daß man selbst bei politischer Mißliebigkeit, selbst bei politischer Verfolgung immer noch im positiven Sinne prägend auf den burschenschaftlichen Gesamtverband und damit auch auf einen Teil der Öffentlichkeit Einfluß nehmen kann.

Doch dies funktioniert, wie schon angedeutet, nicht auf Dauer. Auf Dauer besteht vielmehr die Gefahr, daß auch Ihr Bund der staatlichen Willkür erliegt. Und vor, mit und nach Ihnen noch eine Reihe anderer Bünde, die heute noch als echte Burschenschaften bezeichnet werden können. Der Sieg der staatlichen Willkür ist fest und zuverlässig programmiert, sofern dem Berufsverbot für Ihren Bundesbruder Sascha Jung weitere Berufsverbote folgen und damit immer mehr menschliche Existenzen an ihrer freien Entfaltung gehindert oder gar zerstört werden – was bei der Mentalität unserer für den sogenannten Rechtsextremismus zuständigen Verfassungsschützer leider zu befürchten ist.

Wer kann ehrenhaft, das heißt seiner menschlichen Würde entsprechend leben, der unfrei ist? Wer kann seinem Vaterland gemäß seinen Einsichten, gemäß seinen Überzeugungen, gemäß seinen Fähigkeiten und gemäß den gegebenen sachlichen Erfordernissen dienen, der keine Freiheit hat? „Niemand“ lautet die Antwort in beiden Fällen!

Darum muß uns das gegen Ihren Bundesbruder ausgesprochene Berufsverbot Anlaß sein, endlich in die Offensive zu gehen und uns mit aller Kraft, die wir haben, dafür einzusetzen, daß dieses Berufsverbot aufgehoben und die Ausgrenzung Ihrer Aktivitas durch Becksteins ominöse Liste beendet wird. Genau das haben wir von der „Initiative Akademische Freiheit“ uns zum Ziel gesetzt.

Im Augenblick sammeln wir Geld und Unterschriften, um über Artikel und Anzeigen in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ unserem freiheitlichen Anliegen zu dienen. Drei Ausgaben der Zeitung standen bereits im Zeichen unserer Aktion. Bei Erfolg im Geldsammeln werden wir unser Anliegen selbstverständlich auch noch über andere Medien unter die Leute und vor allem an Minister Beckstein heranbringen.

Ich würde mich, liebe Danuben, an der ins Leben gerufenen Initiative keinesfalls beteiligen, wenn ich auch nur den leisesten Zweifel an der Verfassungstreue Ihrer Aktiven hätte. Ich sage Ihnen warum.

Zum ersten: Verfassungstreue ist ein für uns alle gültiges Gebot. Ich bin sogar ein Fan unseres Grundgesetzes. Ich liebe die Deutschen, ihr Land und ihre Kultur, aber ich bin zudem ein überzeugter Verfassungspatriot. Im Gegensatz zu manchem Esel am äußersten rechten Narrensaum unserer Gesellschaft bin ich nicht der Auffassung, daß das Grundgesetz keine echte Verfassung darstelle, uns also von den Westmächten oktroyiert worden sei. Denn das Grundgesetz steht bei aller westalliierten Oberaufsicht, die gar nicht geleugnet werden soll, substantiell in der Tradition der Paulskirche und auch der guten Seiten der Weimarer Reichsverfassung. Ferner hat es durch die Wiedervereinigung der alten Bundesrepublik mit Mitteldeutschland auch von den bis dahin unfrei gebliebenen Deutschen den demokratischen Segen bekommen.

Zum zweiten: Ich bin Burschenschafter und mir daher der Tatsache bewußt, daß unser Grundgesetz die moderne Form dessen ist, was unsere burschenschaftlichen Vorväter als Speerspitze der deutschen Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts mit heißem Herzen und kühlem Verstand erstrebt haben.

Von der Gründung der Urburschenschaft 1815 in Jena, dem studentischen Wartburgfest 1817 und dem Hambacher Bürgerfest von 1832 haben burschenschaftlicher Geist und burschenschaftliche Tat zum revolutionären Paulskirchenparlament von 1848 geführt, um nur die wichtigsten Stationen eines Weges zu nennen, der die schwarz-rot-goldenen Farben der Burschenschaft zu den deutschen Nationalfarben hat werden lassen und den geistigen Boden für Bismarcks Reichsgründung bereitet hat.

Dieser Weg führte dann - allerdings über die nicht nur von den Deutschen verschuldeten Umwege zweier Diktaturen, nämlich der nationalsozialistischen und der kommunistischen - zu unserer heutigen Verfassungsordnung.

Zwar sind die Begriffe „Deutschland“ und „Bundesrepublik Deutschland“ auch heute nicht deckungsgleich, denn ersterer greift weiter als letzterer. Das Ergebnis jedoch, das die Deutschen auf ihrem verfassungsgeschichtlichen Weg erreicht haben, berechtigt gerade uns Burschenschafter zu besonderem Stolz. Immerhin stellt die Burschenschaft die älteste Kraft in deutschen Landen dar, die nicht nur die staatliche Einheit der Nation anstrebte, sondern auch eine freiheitliche, auf den demokratischen Rechtsstaat zielende Verfassung.

Mit diesem Pfund können, ja müssen wir wuchern - im Interesse unseres Ansehens und unseres Einflusses auf die politischen Dinge. Ihr Bund, der wie der meine der revolutionären Bewegung von 1848 entstammt, hat dies, solange ich ihn kenne, immer in vorbildlicher Weise getan.

Der dritte Grund, der mir verböte, mich bei Zweifeln an Ihrer Verfassungstreue für Sie einzusetzen, ist meine Mitgliedschaft in der CSU. Sie, die CSU, ist für mich das Optimum in der bundesdeutschen Parteienlandschaft.

Sie hat als einzige der etablierten Parteien den deutschen Wiedervereinigungsanspruch unbeirrt und unbeirrbar aufrechterhalten. Ich erinnere an die von vielen für so vorgestrig gehaltene Verfassungsklage gegen den innerdeutschen Grundlagenvertrag, der dem erlahmten Gedanken der deutschen Selbstbestimmung neuen Auftrieb gegeben hat und somit die wichtigste geistige Voraussetzung unserer Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland wurde.

Die CSU ist zudem auf dem Gebiet der Ausländerpolitik sowie in Sachen Recht und Ordnung die einzige ernst zu nehmende politische Kraft mit einer klaren Sprache. Und ihr Exponent dafür ist ausgerechnet Minister Beckstein. Er ist tatsächlich der am meisten problembewußte und

couragierteste aller deutschen Innenminister, gleichsam ihr Stimmführer, und damit einer der wichtigsten Politiker Deutschlands. Auch das, verehrte Zuhörer, muß gesagt werden.

Unter diesen Umständen, liebe Danuben, gebietet es die politische Vernunft, weder die CSU noch ihren durchaus verdienten Minister Beckstein ohne Not schlecht zu reden. Ohne Not! Das heißt jedoch nicht, daß ich in jedem Fall, der zur Kritik an den eigenen Politgrößen Anlaß gibt, aus Gründen parteipolitischer Disziplin schweigen müßte. Denn ich habe doch bei meinem Eintritt in die CSU meinen politischen Verstand nicht an der Garderobe abgeben müssen. Wo daher Verfassungstreue und Parteidisziplin kollidieren, ist der Verfassung Vorrang einzuräumen! Auch von mir.

Im demokratischen Rechtsstaat habe ich daher nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Kritik in allen Fällen, in denen Grundsätze angegriffen und in Frage gestellt werden, die für unsere grundgesetzliche Ordnung unverzichtbar sind. Solches ist hier leider der Fall.

Der bayerische Innenminister begründet die Verfassungsfeindlichkeit der Danubia damit, daß sie auf ihren Veranstaltungen Rednern ein Forum gegeben habe, die nach seiner Meinung Rechtsextremisten seien. Lassen wir dahingestellt, ob die angeblich rechtsextremistischen Redner wirklich Rechtsextremisten waren oder sind, denn darauf kommt es bei der Beurteilung des Falles überhaupt nicht an. Entscheidend ist hier etwas ganz anderes, nämlich Becksteins abenteuerliche Argumentation, daß es dem Staatsbürger, noch dazu dem akademisch sich bildenden und nach Erkenntnis strebenden Jungbürger verboten sein soll, sich von solchen Personen ein eigenes, von fremder Beeinflussung unabhängiges Bild zu machen, die von den Trägern der Staatsgewalt des Extremismus geziehen werden.

Wenn es nicht so abgrundtraurig wäre, würde ich sagen: Da lachen ja die Hühner. Ernst gesprochen: Was hier seitens des Staates erfolgt, ist die zynische Mißdeutung des für den politischen Diskurs und die politische Willensbildung wichtigsten Grundrechts unseres demokratischen Rechtsstaats, nämlich des Grundrechts auf freien Meinungs austausch auf der Grundlage ungehinderter Information.

Derartiges kann und darf nicht hingenommen werden. Die Freiheitlichkeit unserer Verfassung ist nach den Zeiten Metternichs, Hitlers, Ulbrichts und Honeckers unser köstlichstes Gut. Sie ist uns Burschenschaftlern - wie es im Burschenschaftlerlied heißt - „duft'ge Himmelsblume“. Sie haben wir zu hüten wie einen Augapfel. Unser Motto in der Offensive gegen staatliche Praktiken, denen der Ruch des Mißbrauchs, der Rechts-, ja der Verfassungswidrigkeit anhaftet, kann daher nur lauten: Wehret den Anfängen!“